

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen.

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag (Kriegs-)

Affordarbeit der Reaktion.

Die Verwaltungsreform soll durchgepeitscht werden!

So beiläufig bemerkt die „Deutsche Presse“ Mayr-Hartings in ihrem gestrigen Bericht aus dem Abgeordnetenhaus, daß die Verwaltungsreform „mit Hilfe von Nachsitzen“ bis Samstag im Ausschusse erledigt werden soll. Und in den Couloirs verlautet darüber hinaus, daß die von glühendem Arbeitsfieber erfüllte Koalition bereits einen Arbeitsplan für die nächsten Wochen fertig hat, nach dem die Verwaltungsreform nur eine Woche im Abgeordnetenhaus, im Ausschusse und im Plenum des Senates ebenfalls je eine Woche verhandelt werden soll. In knapp vier Wochen soll das umfangreiche, die verschiedenartigsten Gebiete berührende Gesetz beraten und beschlossen werden. Das heißt mit anderen Worten, daß man die ernste Absicht hegt, nach altbewährtem Muster die Verwaltungsreform regelrecht durchzupeitschen.

Die deutschen Regierungsparteien, und in erster Linie wieder die Alerikalen, lieben es, ihre Regierung als ein System zu kennzeichnen, das sich scharf von dem vorhergegangenen der allnationalen Koalition unterscheidet. Die Scheidung erstreckt sich aber nur auf den antisozialen Charakter der neuen Koalition, die unter dem Vorwand, „antisozialistisch“ zu sein, den volksfeindlichen Bestrebungen ihrer reaktionärsten Elemente nicht den geringsten Widerstand entgegensetzt. Was an der allnationalen Koalition schlecht war — und wir müßten lügen, wenn wir sagen sollten, das wäre wenig gewesen — das hat in Bausch und Bogen die neue Koalition übernommen und über jedes ertragbare Maß gesteigert. In dieser Erblichkeitsmasse, die unter dem Regime Szechla-Spina Wucherzinsen trägt, gehört vor allem die Mißachtung des Parlamentarismus.

Vor drei Tagen hat der Präsident der Republik in seiner Botschaft mit allem Nachdruck, den ein pflichtgemäß gedämpfter Ton dem Sinn der Rede geben kann, darauf verwiesen, daß demokratischer Geist in allen Körperlichkeiten, daß ein lebendiger, schöpferischer Parlamentarismus allein dem Gemeinwesen die Gewähr eines dauernden Bestandes verleihen können. Den Häuptern unserer Bürgerkoalition redet der Präsident lange an. Sie finden seine Worte sehr nett, sie freuen sich ihrer gelungenen Regieleistung, die es so herrlich zuwege bringt, eine Persönlichkeit wie Masaryk leise aber entschieden beiseite zu schieben — aber über den Sinn der Präsidentenworte, die doch wohl an sie, als die Verantwortlichen, gerichtet sind, auch nur nachzudenken, das fällt ihnen nicht einmal in jenem unerquicklichen Traume ein, der ihnen ob und zu böse Vorahnungen künftiger Wahlen vorkaufeln mag. Das Parlament ist unter der Bürgerregierung noch mehr als vorher zu einer Abspaltung in eine erniedrigt worden. Mit dem schamlosesten Terror gegen die Opposition begann im Vorjahre die Tätigkeit der internationalen Bürgerfront. Die Hungerzölle und die Kongrua wurden in Massenabstimmungen durchgepeitscht, tausend Abänderungsanträge der Opposition wanderten en bloc in den Papierkorb. Die Auslieferung oppositioneller Abgeordneter an den Staatsanwalt hat damals das unwürdigste Schauspiel beschaffen, das je eine Mehrheit im Prager Parlament den Wählern bot. Und doch konnten sich die Oppositionsparteien im Vorjahre darauf berufen, daß sie, nach langer Entwöhnung wieder einmal der Macht teilhaftig, nach jahrelanger, erzwungener, ihren Herzen zuwiderer Opposition wieder wahre Peitschenhalter im bürgerlichen Staat geworden, eben trunken vor Macht waren und sich nicht länger bekennen, mit welchen Mitteln sie ihre Klasseninteressen durchsetzen sollten. Und schließlich waren Zölle und Kongrua eben bürgerliche Klassenforderungen, die der Aktivismus um jeden Preis durchsetzen wollte; die Verwaltungsreform aber mag noch so sehr dem Klasseninteresse der Bourgeoisie ent-

sprechen, kein Regierungsparteiler wird es wagen, sie als eine Privatangelegenheit der Aktivisten zu bezeichnen. Sie geht die Massen des Volkes, sie geht die oppositionelle Mehrheit des deutschen Volkes vor allem an. Behaupten doch die Ministerparteien, daß sie das gesamte Volk vertreten, daß sie die Gesamtinteressen der Sudetendeutschen im Auge haben. Aber um die Diskussion dieser Gesamtinteressen wollen sie sich drücken.

Den Vertretern der Mehrheit des deutschen Volkes soll nicht die Zeit geschenkt werden, die Vorlage auch nur kennenzulernen, geschweige denn, alle ihre Finten und Fallen zu ergründen und zu kritisieren. Freilich wird man dann wieder mit dem Argument der „unfachlichen“ Opposition kommen, die nicht auf die Einzelfragen eingeht. Aber man hindert die Opposition bewußt, das Gesetz gründlich zu kritisieren, man diktiert dem Parlament den Willen der Dmnicka auf, man wird über Einzelfragen so wenig diskutieren wie über das große Problem, das mit dieser Verwaltungsreform aufgerollt wird.

Nun verstehen wir sehr gut die Eile der Bürgerparteien. Die Kammern können kaum länger als bis Mitte Juli beisammen bleiben. Das Senatspräsidium hat sich ausdrücklich gegen eine längere Session verwahrt. Die Verwaltungsreform käme also im Senat zu einer Zeit in Verhandlung, da die Gemeindevahlen vor der Tür stünden. Im September die Verwaltungsreform verhandeln, heißt sie zum unmittelbaren Gegenstand des Wahlkampfes machen. Das wollen nun die Bürgerlichen um keinen Preis. Ihr Berrat soll, wenn nicht vergessen, so doch nicht mehr aktuell sein, wenn sie sich in den Gemeinden mit uns messen werden. Das schlechte Gewissen der Bürgerlichen zwingt sie, lieber die Vergewaltigung der Demokratie auch noch auf ihr Schuldkonto zu nehmen, als mit dieser Verwaltungsreform in den Wahlkampf zu ziehen. So dokumentiert der Aktivismus seine Schwäche gerade durch den neuerlichen Gewaltakt. Wäre diese Verwaltungsreform das, als was sie die Mayr-Harting und Liska ausgeben, eine demokratische Reform unserer Selbstverwaltung, ein Anfang nur des nationalen Ausgleichs, die Aktivisten würden triumphierend mit dieser Errungenschaft in den Wahlkampf ziehen. Sie könnten es nicht erwarten, ihren großen Erfolg den Wählern zu präsentieren. Und wir gestehen, der Aktivismus mit seinen „Erfolgen“, wie Kohleneinfuhrscheiden, Bodenzuweisungen an Grafen und Klöster, feilischen Empfängen tschechischer Minister in deutschen Dörfern, hat die Menschen so beiseite gemacht, daß auch der kleinste Schritt nach vorwärts als großer Erfolg begrüßt würde. Aber dieses Schandwerk, das die Bürgerkoalition „mit Hilfe von Nachsitzen“ (und wahrscheinlich auch mit Hilfe der Parlamentarier) durchpeitschen will, das hat ja tatsächlich das Licht des Tages zu ihnen, das muß ohne viel Aufhebens unter Tod und Nach gebracht werden.

Wir werden alles tun, um die Aufmerksamkeit des Volkes auf diese Affordarbeit der Reaktion, auf diese Diebsarbeit der Aktivisten zu lenken. Aber kein Zweifel, dieses Durchpeitschen erschwert den Kampf, es gestattet nicht, bei den Verhandlungen die großen Probleme aufzurollen, die in dem Gesetz berührt werden. Die Verwaltungsreform geht an die Stelle der Gemeinde- und Bezirksautonomie eine in ganz Europa unerhörte bürokratische Verwaltung. In den gehegten Verhandlungen, unter Aufsicht der Parlamentarier, wird es nicht möglich sein, dieses Verwaltungssystem mit anderen zu vergleichen, Vorteile und Nachteile verschiedener Methoden gegeneinander abzuwägen. Die Verwaltungsreform liefert den Luchdi die Slowakei aus, aber sie gibt den Deutschen auch nicht einen Schoppen von Autonomie. Die Durchpeitschung soll verhindern, daß die Opposition über die nationale Frage ausführlich reden kann. Die Reform macht den Polizisten zum Herrn im Staate. Wir sollen nun schon durch Polizeigewalt gezwungen werden, das

ohne Widerspruch hinzunehmen. Ehe unsere Protestrufe in das letzte Gebirgsdorf dringen, soll über der Schandtat Gras gewachsen sein. Die Aktivisten fürchten, daß ihre zweite Vorlage dasselbe Schicksal erleidet wie die erste, daß sie vom Volke hinweggefegt wird.

Es liegt in der Macht der Bürgerkoalition den Kampf jetzt zu droffeln und der Opposition das Recht zum Protest zu nehmen. Sie können aber die Abrechnung nur vertagen. Wir werden, noch ehe das Schandwerk zur überzeugenden Tat wird, diese lichtscheue Mißgeburt ans helle Tageslicht ziehen und die Väter zwingen, Rede und Antwort zu stehen. Wir

werden den „Volkssturm“, von dem Mayr-Weichlings „Deutsche Presse“ seit den Märztagen nur mit Angst und Beben spricht, zur guten Stunde wieder entfesseln und die Art, wie die Aktivisten die Polizeidiktatur Gesetz werden lassen, wird für uns zeugen und ihres schlechten Gewissens überführen. Eine Mehrheit, die sich jederzeit den Sukkurs von hundert robusten Soldnern leisten kann, die mit Brachialgewalt die Opposition hinauswerfen, mag sich einbilden, im Parlament nach Willkür schalten zu können. Nun gut! Es gibt andere Schlachtfelder, auf denen wir uns wiedersehen!

Neue Hinrichtungen in Rußland.

Begen Spionage zu Gunsten Rumäniens.

Moskau, 13. Juni. Die außerordentliche Session des Odeskauer Gerichtshofes hat in dem Prozesse gegen 16 Personen, die der Spionage zu Gunsten Rumäniens angeklagt sind, das Urteil gefällt. Elf Angeklagte wurden zum Tode, drei Angeklagte zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freige-

sprochen. Außer der Lieferung geheimer Informationen an den rumänischen Spionagedienst beschäftigten sich die Angeklagten damit, Personen, die aus der Sowjetunion geflüchtet waren und von den Sowjetbehörden gesucht wurden, auf illegale Weise nach Rumänien zu bringen. Der Großteil der Angeklagten hat seine Schuld anerkannt.

Die Steuerreform im Senat angenommen.

Abrechnung des Genossen Senator Polach mit den Regierungsparteien.

In der gestrigen Sitzung des Senates, die bis nach Mitternacht währte, wurde die Steuerreform von der Bürgerkoalition angenommen und alle Abänderungsvorschläge der Opposition, die den Zweck hatten, den Steuergeetzen die ärgsten sozialpolitischen Härten zu nehmen, abgelehnt.

Von unseren Genossen kam in der Debatte Senator Polach zu Worte, der in einer großangelegten Rede nochmals unsere Stellungnahme zu dem unsozialen Gesetze kennzeichnete und eine Abrechnung mit den deutschbürgerlichen Parteien vollzog, angesichts derer sie kaum ein Wort des Widerspruchs wagten.

Nachstehend der Verlauf der Sitzung:

Die Sitzung des Senates wurde um 10 Uhr eröffnet. In der Debatte über die Steuerreform sprachen zuerst die Senatoren Pánek (tsch. Nat.-Soz.) und Dr. Leebur (d. Chr.-Soz.). Der letztere bedauert, daß auch diesmal der Senat an den Vorlagen keine Änderungen durchführen kann und so auf ein bedauerliches Niveau herabgedrückt wird. (Als ob es die Herren nicht in der Hand hätten, Änderungen durchzuführen!) Das Gesetz sei, so führt der Redner aus, „ein Sprung ins Dunkle“. Dann sprechen die Senatoren Prusa (Komm.), Pociel (tsch. Soz. Dem.), der insbesondere die Verhältnisse in der Slowakei behandelt, Dr. Törköly (magy. nat.), Thor (tsch. Gew.), Aučera (Komm.), worauf

Genosse Senator Polach

spricht. Er führt u. a. aus:
Die ganze Vorlage und die Erörterung des Steuerproblems wird auf die direkten Steuern beschränkt und sie ermäßigt die Steuer zugunsten der Besitzenden, zugunsten der Industrie, der Produktion. Aber am Grundgedanken unseres gefammten Steuersystems ändert sie nicht das allgeringste, vor allem nichts an dem Verhältnis zwischen den direkten und indirekten Steuerpflichtigkeiten

von den 10 Milliarden Kronen, welche der Staat jährlich an Steuern einnimmt sind vier Fünftel indirekte.

In den letzten Jahren sind zu dieser aus den indirekten Steuern stammenden Belastung gerade des ärmsten Teils der Bevölkerung, der Beamenschaft, der Arbeiterschaft, der kleineren Gewerbetreibenden, der kleinen Bauern, eine ganze Menge von Dingen hinzugekommen: die Einführung von Zöllen auf Lebensmittel, die Erhöhung der bestehenden Zölle auf Industrieartikel, die Erhöhung der Zundersteuer, die Erhöhung der Spiritussteuer, und herabgesetzt wird eigentlich im wesentlichen jetzt die Steuer auf die Kapitalerträge.

Das vorliegende Gesetz wird aber auch auf Kosten der Selbstverwaltungsverbände gemacht, es enthält zugleich

die Vernichtung der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung

und ist ein Bestreben mehr, der kulturellen und der nationalen Autonomie, die in ihren letzten Resten in den Selbstverwaltungsverbänden vor-

handen ist, ein Ende zu bereiten. Es ist geradezu unbegreiflich, mit welchem Eifer die deutschbürgerlichen Regierungsparteien diesen kulturellen und nationalen Selbstmord begehen, der in der Vernichtung des armeneligen Restes der noch in den deutschen Städten vorhandenen nationalen Autonomie enthalten ist. Die Gesetzesvorlage widerspricht jedem Begriff der Autonomie. Und doch wurde diese antisozialistische, antisoziale, anti-autonomistische Regierungsvorlage im Ausschusse noch verschärft. Das Bewilligungs- und Aufsichtsgesetz der Städte wurde in der Ausschussberatung noch erweitert, der freigewählte Gemeindevorsteher unter Straffunktion gestellt, mit Ablegung bedroht, es wurde die Lebens- und Entwicklungsmöglichkeit der Gemeinden erschwert, was erst die Fleißarbeit des Ausschusses war.

Charakteristisch für den Wert der Vorlage ist es, daß alle ersten Faktoren des Staates sich auf das entscheidende gegen die Steuerreform ausgesprochen haben. Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper hat nach sehr eingehender Darlegung des Gesetzes gesagt, daß der Gesetzentwurf geradezu von Feindseligkeit gegen die Selbstverwaltung befeht ist. Und eine zweite Körperschaft, die in den letzten Tagen trat, hat, der Juristenrat in Reichenberg, hat sich in seinen steuerpolitischen Richtlinien gegen das Zuschlagssystem für die selbständigen Gemeindeeinnahmen ausgesprochen und damit den Gesetzentwurf verurteilt.

Die Sozialdemokraten haben den antisozialen Charakter der Vorlage von allem Anfang an erkannt. Die Regierungsparteien aber können die Stunde nicht erwarten, in der sie in die Lage kommen, dafür zu stimmen. Sie entspricht ja allen Wünschen der bürgerlichen Massen aller Nationen dieses Staates. Es ist ein Glied in der Kette der Reaktion, die seit dem Eintritt der deutschen Parteien in die Regierung geschmiedet wird. Es hat immer als ein Kriterium der Demokratie gegolten, daß der Wille des Staates, daß der Gemeindevorsteher, ihre Autonomie gewahrt wird. Es gibt viele, die sich mit der Frage der Demokratie beschäftigen und gesagt haben: „Demokratie ist das Selbstverwaltungsrecht der kleinsten Körperschaften“. Und ich kann auf die Neuerung des Präsidenten der Republik hinweisen, der in seiner Botschaft unter anderem erklärt hat: „Der Staat beruht nicht nur auf der Zentralisation, sondern auch auf der Autonomie.“

In der durch den Willen seiner Bürger geleiteten Gemeinde lag ein letzter Rest der nationalen Autonomie auch für die deutschen Gemeinden.

Und in der Bereitwilligkeit der deutschen Parteien, für dieses Gesetz zu stimmen, liegt die Preisgabe der Gemeindeautonomie.

Minister Cerny hat vor ein paar Tagen sich über die Verwaltungsreform im Ausschuss des Abgeordnetenhauses geäußert und gemeint, daß die Ernennung von Mitgliedern einer autonomen Körperschaft durch die Regierung sich durch aus mit der Demokratie vertrage und daß das Prügelpatent durch die in der Vorlage zur Verwaltungsreform enthaltenen Strafbestimmungen keineswegs verschärft werde.

„Der Mensch lügt mit seinem Munde, aber mit dem Maul sagt er die Wahrheit.“

Wir haben erst sieben Monate Mitregierung der sieben bürgerlichen Parteien, sozusagen also in Diebesmönchensart der deutschen bürgerlichen Parteien. Und was ist die Bilanz dieser kurzen Mitregierung? Eine Serie der Reaktion, die eingeleitet wurde mit der Annahme des Zollschutzes, mit der Annahme der Kongrua, die fortgesetzt wurde mit der Bewilligung des Militärfonds, mit der Aufrechterhaltung der 18-monatigen Dienstzeit und anderer rückwärtlicher Schritte.

das sehr fragwürdige Geschenk zweier Ministerstellen

Das für haben sie die moralische Entwertung des schweren Kampfes, den die Deutschen für die nationale Gleichberechtigung zu führen haben, in Kauf genommen, sie haben für dieses fragwürdige Geschenk den Namen der Deutschen verächtlich gemacht in den Augen aller (Beifall). Um einiger Gefälligkeiten willen haben sie das Kampfbild, das als so heilig bezeichnet wurde, preisgegeben. Zahlreiche haben dieselben Parteien den Kampf für das gleiche Recht der Nationen zu führen vorgegeben und geben nun die letzten Reste der in den Gemeinden und Bezirksvertretungen verbliebenen Autonomie preis.

nichts als Katenjammer

übrigbleiben wird. Wir deutschen Sozialdemokraten, mit deren Internationalität und Nationallosigkeit die bürgerlichen Parteien ihren ganzen Kampf zu allen Zeiten bestritten haben, wir begehnen das große Verbrechen, daß wir nach wie vor in Uebereinstimmung mit unsern Grundgesetzen in bezug auf die Verwaltung des Staates und die Ordnung der nationalen Verhältnisse auf dem Boden bleiben, den wir theoretisch schon in unserm Programm vor drei Jahrzehnten ausgesprochen haben und für den wir während der ganzen Zeit eingetreten sind.

Hoher Senat! Diese Gesetzesvorlage ist ein Teil von dem Ganzen jener Politik, gegen die zu kämpfen wir aus Gründen der politischen Moral, aber auch aus Gründen der wahren Interessen aller Nationen dieses Kontinents zu unserer Aufgabe gemacht haben und in Uebereinstimmung mit diesem Urteil erkläre ich, daß wir entschlossen sind, gegen diese antisoziale, antikulturelle Gesetzesvorlage zu stimmen. (Lebhafte Beifall.)

Nach dem Gen. Polach spricht Sen. Sture (Komm.) und dann Sen. Gen. Dunde (tsch. Soz. Dem.). Er weist nach, daß in der Vorlage der Klassencharakter der gegenwärtigen Regierungsmehrheit zum Ausdruck kommt und daß die Ungerechtigkeit des heutigen Steuersystems erhalten bleibe. Die Mehrheit hat die Grundzüge der Begründer des Staates verlassen. Im weiteren Verlaufe seiner Rede polemisiert Dunde gegen die Kommunisten und fragt diese, was sie schon für die Arbeiterschaft erreicht hätten. Die letzten Redner in der Debatte sind die Senatoren Kalkol (Slow.) und Mazanec (tsch. Mer.), worauf die Referenten das Schlußwort halten. Sodann wird die Abstimmung vorgenommen, von der bereits oben gesprochen wurde.

Die nächste Sitzung findet Dienstag statt.

Walderschutzbearbeitung im Abgeordnetenhaus.

Scharfe Kritik des Genossen Schweichhart an der Vorlage.

Prag, 14. Juni. Das Abgeordnetenhaus führte heute nachmittag die Debatte über den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf betreffend den provisorischen Walderschutzes ab, wobei namentlich Genosse Schweichhart die Gelegenheit benützte, um die schweren Mängel der Vorlage aufzudecken und die Wirksamkeit des staatlichen Bodenamtes einer vernichtenden Kritik zu unterziehen.

Genosse Schweichhart:

Das vorliegende Gesetz über den Walderschutzes charakterisiert sich selbst dadurch, daß es ein Provisorium ist. Provisorien pflegen aber oft viel länger zu dauern, als ursprünglich vorgesehen, und das ist immer ein Mangel.

Im Wesentlichen ist die Vorlage ein schwacher Versuch, kapitalistischer Kapitalisten einen Nadel vorzuschieben und die Volkswirtschaft denart vor Schaden zu bewahren. Für die Agrarkapitalisten ist der Wald nichts anderes, als eine Kapitalanlage, eine Quelle möglichst hohen Profites, der mit dem allgemein üblichen Zinsfuß in einem gewissen Gleichmaß steht. Je höher der übliche Zinsfuß, desto größer soll der Ertrag des Waldes sein, desto länger müssen also die Untriebszeiten werden und desto größer ist die Gefahr des Raubbaues.

Zu dieser allgemeinen Profitgier kommt noch das spezielle Streben aller der Bodenreform unterliegenden Großgrundbesitzer hinzu, vor der Uebernahme durch den Staat nach rasch einen fetten Ertragsprozent herauszuschlagen. Auf der anderen Seite will der neu entstandene tschechische Landadel den billig erworbenen Wald ausplündern, um schnell zu Reichtum zu gelangen.

All diesen verderblichen Bestrebungen sucht das vorliegende Gesetz entgegenzuwirken, allerdings nur in ganz unzureichender Weise. Eine völlig kapitalistisch-reaktionär eingestellte Regierung ist ja überhaupt von Haus aus unfähig, der Profitgier der Agrarkapitalisten irgendwie energisch Einhalt zu gebieten.

Vorbereitung zu einer wirklich gesunden Forstbewirtschaftung wäre neben der schon erfolgten Aufhebung der Fideikommissie die Befestigung der Eigenjagdrechte und die Sozialisierung der Forste. Der Ertragswald müßte in den Wohlfahrtswald umgewandelt werden

und damit müßte die systematische Förderung der Viehzucht verbunden sein. Wald und Weide hätten einander zu ergänzen, um volkswirtschaftlich den höchsten Ertrag herauszuholen zu können.

Außer dem provisorischen Charakter der Vorlage besteht ihr größter Mangel darin, daß der vorgeschriebene Walderschutzes einseitig erscheint.

Die Kleinvälder behandelt man weniger sorgfältig als die Großwälder.

Während bei Hochwäldern die jährliche Abholzung höchstens den sechzigsten, bzw. achtzigsten Teil der Fläche ausmachen darf, darf in den niedrigen Wäldern alljährlich ein Zwanzigstel der Fläche gerodet werden. Ob dadurch der Bauernwald aber gewinnt, ist eine Frage für sich.

Gewisse Bestimmungen, so jene über die Durchforstung, machen einen allzu schablonenhaften und bürokratischen Eindruck. Was mit aller Entschiedenheit bekämpft werden muß, ist der Umstand, daß auch hier wieder einmal

der Willkür der Regierung weitester Spielraum eingeräumt

wird und die Regelung gewisser Detailfragen dem Verordnungswege überlassen bleibt. Weiters müssen wir uns energig gegenwenden, daß die angeordneten Strafen bis zu 3 Monaten Arrest und 100.000 K Geldstrafe nicht von den ordentlichen Gerichten, sondern von den politischen Bezirksbehörden verhängt werden sollen. Wer weiß, was draußen auf dem Lande der reiche Großgrundbesitzer für eine maßgebende Person ist, wer weiß, wie kleine Geschenke, eine Einladung an die politischen Beamten zur Jagd und dergleichen die Freundschaft erhalten, der weiß auch, daß diesen Herrschaften allerdings nicht viel geschehen wird.

Genosse Schweichhart wendet sich dann der Besprechung der geplanten Forstreform zu, unter die nicht weniger als 21 Millionen Hektar Waldboden fallen, die rund 1700 Besitzern gehören. Nach den Mitteilungen der offiziellen „Prager Presse“ gedenkt das Bodenamt, neue Wirtschaftseinheiten zu schaffen und nachher erst die dazu gehörigen neuen Besitzer.

Mit aller Schärfe müssen wir uns gegen den Plan wenden, die beschlagnahmten Wälder bis zu einem Ausmaß von 1500 Hektar den Eigentümern zu überlassen, obwohl das Gesetz nur ein Höchstmaß von 500 Hektar vorsieht; mit größter Leidenschaft müssen wir auch den Versuch zurückweisen, das durch das Gesetz vom 30. Jänner 1920 statuierte Vorzugsrecht der Gemeinden und öffentlichen Verbände auf beschlagnahmten Waldboden zu beseitigen.

Damit würde die für die deutschen Gemeinden schon bestehende Praxis der Nichtzuteilung von Waldboden zur allgemeinen Regel. Der Staat hat bereits 600.000 Hektar oder fast 20 Prozent des gesamten Waldbodens in der Hand, während die Gemeinden meist ganz leer ausgehen sollen. Dagegen müssen wir als Bodenreformer entschiedensten Protest erheben. So gut wie der Staat können die Gemeinden sicher auch die Wälder bewirtschaften. Den tschechischen Politikern liegt aber daran, die Nachfolge des von ihnen beherrschten Staates zum Schaden der Minderheiten, deren Kraft vor allem in den Selbstverwaltungskörpern liegt, ins Maßlose zu steigern.

Der ganze Plan einer Forstreform ist ein blutiger Hohn auf eine wirkliche Bodenreform im sozialen Sinne.

Es scheint direkt die Hauptaufgabe des staatlichen Bodenamtes zu sein, zu verhindern, daß Grund und Boden den Interessen der Volksgemeinschaft dienstbar gemacht werden.

Die Tätigkeit des Bodenamtes fordert nach wie vor trotz des angeblichen Einflusses der deutschen Regierungsparteien zur schärfsten Kritik heraus.

Zimmer noch gilt die scharfe Kritik, die Herr Kollege Zierhut in seiner Interpellation vom 12. Juni 1925 ausgesprochen hat, denn es hat sich seither so gut wie nichts geändert. Zierhut stellte an die Regierung damals drei Forderungen:

1. auf den beschlagnahmten Forsten das allgemeine Zuteilungsverfahren einzuleiten und streng nach dem Gesetze durchzuführen;
2. den vertriebenen Beamten und Angestellten eine entsprechende Anstellung zu geben oder sonst ihre Existenz zu sichern; und
3. die bevorzugten Ansprüche der Gemeinden und Bezirke auf Waldzuteilung zu befriedigen.

Auf diese Interpellation ist niemals eine Antwort erteilt worden, obwohl den deutschen Regierungsparteien jetzt die Gelegenheit geboten ist, wahr zu machen, was sie damals begehrt haben. Diese Forderungen, die auch den Wünschen des Bodenreformauschusses der Selbstverwaltungskörper entsprechen, nehmen wir nun auf und vertreten, was die Herrschaften wahrscheinlich nicht mehr vertreten wollen oder vertreten können.

Wir deutschen Sozialdemokraten bestehen selbstverständlich darauf, daß die Bodenreform restlos im sozialen Sinne durchgeführt und beschlagnahmter Waldboden an privatrechtliche Hände überhaupt nicht abgegeben werde. Wir verlangen die Reorganisation und öffentliche Kontrolle des Staatsbodenamtes, die Veröffentlichung des gesamten Forstreformplanes und der Liste der Bewerber, sowie Respektierung der bevorzugten Ansprüche auch der deutschen Gemeinden und Bezirke. Unter allen Umständen muß für die Beamten und Arbeiter der beschlagnahmten Forste ausreichend gesorgt werden.

Der heute vorliegende Entwurf ist trotz einiger kleiner Verbesserungen im großen und ganzen sehr mangelhaft und unersöhnlich, so daß wir gezwungen sind, gegen die Vorlage zu votieren. (Lebhafte Beifall.)

Nečas (tsch. Soz. Dem.) weist auf die volkswirtschaftliche Wichtigkeit der Holzindustrie hin, die im Außenhandel eine wichtige Rolle spielt; namentlich in den östlichen Staatsgebieten kann nur eine zweckmäßige Industrialisierung der Wälder die Bevölkerung vor dem chronischen Hunger bewahren. Er verlangt besondere Exporttarife und staatliche Förderung der Holzindustrie, die vom Ausland eine schwere Konkurrenz zu bestehen hat.

Mikulas (tsch. Nat. Soz.) meint, die Regierung hätte eher ein modernes Forstgesetz als dieses Provisorium vorlegen sollen, und schildert sodann die Tätigkeit der agrarischen Genossenschaften, die sich um die Erwerbung von Waldbesitz bemühen; das Bodenamt kommt ihnen zu weit entgegen, ohne sich dabei um die Richtlinien für die Waldreform zu kümmern.

Gati (Komm.) hebt hervor, daß namentlich in Karpathienland eine geregelte Forstwirtschaft nötig ist. Er wendet sich gegen die Wiederaufforstung, falls sie auch dort betrieben wird, wo schon jahrzehntelange Äcker oder Weide sich befinden, und fordert Schutz der Bevölkerung gegen die wilden Tiere, die großen Schaden an Vieh und Aedern anrichten.

Siegel (D. Nat.) hält das Gesetz für einen Demuschuh für die rationelle Waldwirtschaft. Es besteht Unklarheit darüber, was mit den Gemeinwäldern geschehen wird; auch die Bestimmungen über die Durchforstung zeugen von Unkenntnis der Autoren.

Der Landwirts Bauer bezeichnet die Vorlage als Erfolg für die Kleinwaldbesitzer, wünscht aber noch verschiedene Verbesserungen, so die Gebührenfreiheit für Eingaben und Beschwerden in Sachen der Waldwirtschaft.

Nach dem Unparteiisch-Christlichsozialen Fedor kommt Chalupa (tsch. Soz. Dem.) zu Worte, der den vorliegenden Entwurf ebenfalls als sehr unvollkommen bezeichnet. Wenn man weiter so wirtschaften würde wie bisher, dann würden unsere Wälder in kurzer Zeit vollkommen vernichtet. Mit keinem Wort ist in der Vorlage an den Schutz der Angestellten zu denken, obwohl namentlich ein Gesetz über die Unfallversicherung der Forstarbeiter höchst notwendig wäre. Die Staatswälder sind ein Tummelplatz der Agrarier, welche das Forstpersonal zu Agitatoren für ihre Partei machen. Unter Protestforderungen auf den sozialdemokratischen Wänden führt Redner sodann mehrere schreiende Fälle an, wie die staatliche Forstverwaltung alte, abgehandelte Arbeiter auf den früher Schwarzenbergischen Gütern behandelt.

Nach der Rede des Nationaldemokraten Kvasnicka wird die Debatte um halb 8 Uhr abends unterbrochen, weil der Verfassungsausschuss um 8 Uhr neuerdings zusammentritt, um die Spezialdebatte über den Artikel 6 der Verwaltungsreform fortzusetzen.

Nächste Sitzung morgen, Mittwoch, um 12 Uhr mittags.

Inland.

Schutz unserer Jugend.

Eine Vortragsrede beim Minister für soziale Fürsorge.

Am 14. Juni sprach eine Deputation der beiden sozialdemokratischen Jugendorganisationen, vertreten durch die Genossen Matera - Tepitz und Dvoral - Prag, unter Führung der Abgeordneten Koscher und Klein beim Minister Sramel wegen Schaffung gesetzlicher Maßnahmen zum Schutze der jugendlichen Arbeiter vor. Beide Jugendorganisationen hatten ihre Forderungen in einer Denkschrift, belegt mit erschütterndem Material über die Behandlung jugendlicher Arbeiter, zusammengefaßt. Von den Teilnehmern der Deputation wurde die Denkschrift bei der mündlichen Aussprache noch ergänzt und auf die gesetzliche Einführung von Jugendinspektoren das Hauptgewicht gelegt.

Der Minister gab die Versicherung, daß die Denkschrift volle Beachtung finden wird und daß er den gesetzlichen Schutz der jugendlichen Arbeiter als eine dringende Notwendigkeit erachtet.

Telegramme.

Exekutivführung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Zürich, 12. Juni. (S. J.) Die nächste Tagung der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ist nach Brüssel für den 11. bis 13. September einberufen worden. Am Tage des Sitzungsbeginnes findet die feierliche Enthüllung des von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale errichteten Denkmals Matteottis im Salle Wancle des Maison du Peuple in Brüssel statt. Die Uebergabe des Monuments in die Obhut der Belgischen Arbeiterpartei wird durch eine Rede des Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Abgeordneten Arthur Henderson, erfolgen. Im Namen des italienischen Proletariats wird Filippo Turati sprechen.

Der Sitzung der Exekutive wird am 10. September eine Sitzung des Bureau der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vorangehen.

Am Morgen des 12. September wird die konstituierende Sitzung der von der S. A. I. eingesetzten Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen stattfinden.

Deutschland und der Dawesplan.

Berlin, 14. Juni. (Eigenbericht.) Anlässlich der Veröffentlichung des Berichtes des Reparationsagenten Parker Gilbert, tauchte in der amerikanischen Presse die Version auf, als ob Deutschland eine Revision des Dawesabkommens anstrebe. Der Bericht Gilberts stellt aber lediglich fest, daß der neue Wirtschaftsplan des Reiches seine Finanzen gefährde, da er das Reich zugunsten der süddeutschen Staaten schädige. Die deutsche Industrie aber entwickle sich so günstig, daß Deutschland sehr wohl imstande sein werde, die Lasten des Dawesplanes zu tragen. Eine Revision sei offiziell nicht verlangt worden, aber der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung habe im Ausland ein Mißtrauen gegen die deutsche Außenpolitik aufkommen lassen, obwohl das Reich allen Verpflichtungen immer nachgekommen sei. Die Deutschnationalen haben sich nämlich auch nach ihrem Eintritt in die Regierung gegen den Dawesplan ausgesprochen.

Eine Niederlage der Unternehmer in Genf.

Berlin, 14. Juni. (Eigenbericht.) Auf der internationalen Arbeiterskonferenz entstand anlässlich der Behandlung der Fragebogen über die Koalitionsfreiheit ein erster Konflikt. Nach einer heftigen Debatte wurde der Fragebogen, der die Grundlage einer internationalen Konvention sein sollte, mit 54 gegen 42 Stimmen abgelehnt. Die Arbeitergruppe stimmte geschlossen gegen die Vorlage und wurde von einer Reihe von Regierungvertretern unterstützt. Die Unternehmerfraktion unterlag. Besonders heftig wandten sich die Arbeitervertreter gegen den von einem Schweizer Industriellen vorgetragenen Grundgedanke, daß auch die Freiheit des Arbeiters, der keiner Gewerkschaft angehören wolle, geschützt werden müsse. Diese Fassung könnte den Vorwand für terroristische Maßnahmen der Unternehmer bieten.

Die Patentrengung im roten Wien.

Wien, 14. Juni (Eigenbericht.) Die deutschen nationalen Studenten haben an den akademischen Senat eine Denkschrift gerichtet, in der sie die Schuld an den letzten Ereignissen den sozialistischen Studenten in die Schuhe schieben. Sie fordern vom Senat das Verbot der sozialistischen Studentenorganisation, den Numerus clausus für ausländische Juden, Disziplinarverfahren gegen die Ausschussmitglieder der sozialistischen Studenten und einen Beschluß des Senats gegen die jüdische Presse.

Mittlerweile hat der Senat tatsächlich eine parteiische Tat gefehlt, indem er den Obmann der sozialistischen Studenten, Genossen Tschadel, auf ein Semester relegierte. Im Feber wurden auf der Universität Fluggelb verteilt, in denen vom Faschismus, von den Treiberberei der Ungarn gegen das Burgenland und der Unterdrückung der Südtiroler die Rede war. Es hieß darin: „In dieser Stunde

Tages-Neuigkeiten.

Besund eingerückt, krank nach Hause geschickt!

Unsere Senatoren, Franz Beutel, Hans Fockl und Genossen, haben an den Minister für nationale Verteidigung folgende Interpellation betreffs der Entlassung kranker Soldaten aus dem Militärdienst gerichtet:

Wiederholt haben sich in der letzten Zeit Fälle ereignet, daß Soldaten, die kriegsgesund eingerückt sind, während des Militärdienstes, oft infolge dieses Dienstes, schwer erkrankten und entgegen allen Vorschriften nicht geheilt, sondern ganz einfach noch im schwerkranken Zustande aus dem Militärdienste einfach entlassen wurden. Ein besonders trauriger Fall liegt in dem Schicksal der unerhörten Behandlung des infolge des Militärdienstes erkrankten Soldaten Friedrich Knobloch, beim 37. J. R. in Levačeo (Slovakei) dienend, derzeit wohnhaft in Aulstia.

Dieser rückte am 1. Oktober 1925 kriegsgesund ein und sollte am 1. April 1927 aus dem Militärdienste entlassen werden. Am 28. Februar 1927 erkrankte er aber schwer an fieberhaftem Rheumatismus, den er sich durch seinen Dienst zugezogen hatte. Die Erkrankung war mit einer Lähmung der Gliedmaßen verbunden. Knobloch sollte zur Herstellung nach Bystrian geschickt werden. Das geschah aber nicht, sondern er wurde kurzerhand, da seine Militärdienstzeit vollendet war, nach Hause geschickt. Frisch und gesund war er eingerückt vor 18 Monaten und als Krücken humpelnd, schwer krank, ein Bild des Ammers, kehrte er in das Zivilleben zurück.

Nun sind die Eltern des Betroffenen arme Arbeitsleute, die sich kaum selbst erhalten können, geschweige denn die Kosten einer Selbstbehandlung des beim Militär erkrankten Sohnes tragen zu können. Die Entlassung des Soldaten Knobloch widerspricht allen gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften, wonach der erkrankte Soldat aus dem Militärdienste erst dann entlassen werden darf, wenn er entweder wieder hergestellt oder eine Heilung ausgeschlossen erscheint, der Mann dauernd invalid ist.

Das letztere trifft auf den Genannten nicht zu, darf daher aus dem Militärdienst nur gesund entlassen werden.

Die Interpellanten fordern daher, daß der Soldat Knobloch sofort wieder in einer militärischen Heilanstalt aufgenommen und erst entlassen wird, bis er geheilt ist. Am übrigen sind alle Truppenkörper und Heilanstalten darauf aufmerksam zu machen, daß kein Soldat krank entlassen werden darf, und daß im Falle der Invaldität die Entlassung erst dann erfolgen darf, bis dies von einer ärztlichen Kommission festgestellt und die Rente bestimmt ist.

Ein Offizier läßt einen Tanzsaal beschließen!

Die Opfer seiner Wut: 12 Tote und 27 Vermundete.

Porto Alegre (Brasilien), 14. Juni. Ein Offizier, der mit seiner Abteilung an einem Tanzsaal, in welchem ein Tanzfest abgehalten wurde, vorbeimarschierte, ließ die Abteilung Salt machen und erschien vor dem Saaleingang. Er verlangte Eintritt in den Saal, der ihm vom Komitee verweigert wurde. Darauf gab der Offizier seinen Soldaten den Befehl, die Fenster zu besetzen und das Feuer in den Saal zu eröffnen. Im Saale entstand eine furchtbare, nicht zu beschreibende Panik. Zwölf Personen wurden auf der Stelle getötet, 15 schwer und zwölf leicht verletzt. Erst als eine größere Polizeipatrouille an der Stelle der furchtbaren Tat erschien, gelang es, die Soldaten zu entwaffnen und festzunehmen. Der verhaftete Offizier gab bei der ersten Untersuchung an, weder geisteskrank zu sein, noch aus Willkür gehandelt zu haben. Bloß die Verweigerung des Eintrittes habe ihn in furchtbare Wut versetzt und er gab den Befehl zu schießen.

Ein Unglück, das wahrlich nicht allein kam.

Paris, 14. Juni. „Petit Journal“ schreibt über einen ganz besonders tragischen Zwischenfall, der sich in der Umgebung von Nizza ereignete. Eine Frau, die einen Selbstmordversuch verübt hatte, wurde ins Krankenhaus geschafft. Ein Auto, in welchem ihr Mann mit zwei Freunden fuhr, um die Frau im Krankenhaus zu besuchen, wurde während der Fahrt in den Graben geschleudert und fiel in einen Fluß. Alle drei Passagen wurden getötet. Ein vorüberfahrender Autobus nahm die drei Leichen auf, stieß jedoch unweit der Unglücksstelle mit einem Wagen zusammen, wodurch der Kutscher desselben getötet wurde. Eine Person, die in diesem Wagen saß, wurde tödlich verletzt. Der Chauffeur des Autos stürzte in der Aufregung und ist bis jetzt noch nicht aufgefunden worden.

Lindbergh in New-York.

New York, 14. Juni. (Reuter.) Oberst Lindbergh wurde im New Yorker Hafen durch starkes Pfeifen der Dampferfirmen und von einer unübersehbar Anzahl von Schiffen, die sein Schiff bis zum Landungsplatze begleitet hatten, begrüßt. An der Landungsstelle wurde Lindbergh von einer ungeheuren Menschenmenge erwartet und durch stürmische Jubelrufe von neuem begrüßt. Das Auto, in welchem Lindbergh Platz nahm, konnte bloß mit der allgeröchelten Mühe sich seinen Weg durch die

Gegen die Verwaltungsreform, gegen die Polizeimilitär — für die Selbstverwaltung.

Immerwährende Protestkundgebungen der nordwestböhmisches Arbeiterschaft.

Teplitz.

Die Versammlung am Montag, den 13. ds., im „Reptun“, war von Hunderten von Arbeitern und Angestellten besucht. Die Ausführungen des Genossen Dr. Heller weckten lebhaftes Echo. Er gab eine kurze Uebersicht über den Zustand der Verwaltung vor und nach 1848 und schilderte dann die Umstände, die in diesem Staate zur Vorlage der Verwaltungsreform führten. Die Verwaltung entspricht den Interessen der besitzenden Klasse. An vielen drastischen Beispielen zeigte Genosse Dr. Heller, wie schwerfällig und verfallt der bürokratische Apparat ist. Die Verwaltungsreform der Bürgerparteien bringt in dieser Hinsicht keine Verbesserung. Was sie als Verbesserung an dem Entwurf bezeichnen, ist Sophistik, dazu bestimmt, die Bevölkerung irre zu leiten. Die Wiedererweckung des Brügelpatentes, die Uebervalorisierung des Strafausmaßes, die Entleerung von Namen und Begriffen aus der Sabsburger-Zeit, zeigen eindrucksvoll den wahren Geist dieser „Reform“. Das Bürgertum kann nicht mehr der Schöpfer einer modernen Verwaltungsreform sein. Denn eine Verwaltung, die den Grundsätzen der Demokratie entspricht, würde mehr noch als die formale politische Gleichberechtigung Kräfte wecken, die rasch zur Beseitigung der Herrschaft der kapitalistischen Minderheit führen müßten. Die Arbeiterklasse wird auch dieses Werk zu vollbringen haben. Der schärfste Kampf gegen die Parteien des Bürgerbundes, die Ueberwindung ihrer politischen Macht, ist ein Schritt, auf diesem Wege. Bei den kommenden Gemeindevahlen hat die Bevölkerung Gelegenheit, mit der volksfeindlichen Politik der deutschbürgerlichen Regierungsmänner abzurechnen. Starker Beifall folgte der eindrucksvollen Rede.

Dux.

Die Protestversammlung gegen die Verwaltungsreform am Samstag, den 11. Juni, im Saale des Restaurant „Eichlerhof“ hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Die Versammlung tagte unter dem Vorsitze der Genossen Uhl und Schneider. Der Referent, Genosse Abgeord-

zusammengedrängten Menschenmengen am Broadway bahnten, wo Hunderttausende Menschen bis zur völligen Heiserkeit Lindbergh jubelten und wo aus den Fenstern der Wolkenkratzer Blumen, Begrüßungskarten usw. zugeworfen wurden. Zeitweise glich dieser Empfang einem schweren Schneesturm. Lindbergh stand im Automobil und verneigte sich, lächelte und winkte der rasenden Menge grüßend zu. Viel bewundert wurde ein aus Blumen zusammengestelltes Modell des Flugzeuges Lindberghs. Ueber dem Umzug kreisten Aeroplane. Kurz vor 2 Uhr nachmittags kam der Umzug vor dem Rathaus an. Im Rathaussaale fand eine Reception zu Ehren Lindberghs statt, worauf der Bürgermeister der Stadt New York, Walker, den Flieger als „amerikanischen Gesandten in der Luft“ begrüßte. In Anwesenheit von 400.000 Menschen wurde Lindbergh durch den Gouverneur des Staates New York, Smith, die Ehrenmedaille des New Yorker Staates angeheftet.

Paris, 14. Juni. Ueber den Umzug Lindberghs in New York wird noch gemeldet: Der Zug Lindberghs durch die Straßen der Stadt, wurde aus den Wolkenkratern von einer solchen Menge von Konfetti und Papierschnitzarbeiten beworfen, daß diese an einzelnen Stellen Kniehöhe erreichten. Die Bevölkerung jubelte und tanzte vor Freude. Vor dem Auto Lindberghs marschierten 10.000 Soldaten.

Chamberlin und Levine.

Baden-Baden, 14. Juni. Chamberlin und Levine werden Baden-Baden Mittwoch früh, 6 Uhr, mit dem Automobil verlassen. Die Flieger fahren von hier nach Karlsruhe, wo sie um sieben Uhr mit einem Dornier-Motorflugzeug nach Friedrichshafen starten. In Friedrichshafen beabsichtigen sie die Zeppelin- und Dornier-Werke zu besuchen und steigen am nächsten Tage über Stuttgart nach Frankfurt a. M., wo sie übernachten. Am Donnerstag wird der Flug über Hannover nach Bremen fortgesetzt, wo sie am Freitag aus Amerika ankommenden Frauen empfangen werden.

Sie werden auch Budapest besuchen.

Budapest, 14. Juni. Die Dzeanflieger Chamberlin und Levine haben die Einladung der ungarischen Regierung zu einem Besuche in Budapest angenommen.

Frühes Ende eines „Fern“-Reford-Fluges.

Paris, 14. Juni. Die französischen Flieger Pellerier d'Issy und Gonin sind heute um 16 Uhr 10 Minuten in Le Bourget in der Richtung zum Perischen Meerbusen zu einem Flug von 7000 Kilometer gestartet, durch den sie den Weltfernreford brechen wollten. Etwa vier Kilometer

weiter auf dem Meer, unterzog die Verwaltungsreform und das Verhalten der tschechisch-deutscher Bürgerregierung einer scharfen Kritik, die in der Versammlung lebhaften Anklang fand.

Brüg.

Die Protestversammlung, die für Sonntag, den 12. Juni, um 10 Uhr vormittags in das Vergarbeiterhaus einberufen worden war, wies einen guten Besuch auf. Genosse Jarolim unterzog die neue Vorlage der Verwaltungsreform einer scharfen Kritik. Die Versammlung zeigte, daß die Bevölkerung gewillt ist, den neuerlichen Versuch des tschechisch-deutschen Bürgerbundes, die Verwaltungsreform im Parlamente durchzubringen, energischen Widerstand entgegenzusetzen. In diesen Versammlungen wurden Entschlüsse angenommen, die beinhalten:

Die von der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei einberufene Versammlung wiederholt ihren entschiedenen Protest gegen die Regierungsvorlage über die Reform der Verwaltung auch in ihrer neuen Gestalt. Wenn auch einigen Forderungen des arbeitenden Volkes entsprochen wurde, so ändert der Entwurf in seiner neuen Form nichts an der Tatsache, daß die Vorlage eine Bedrohung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes, einen Eingriff in die persönliche und politische Freiheit des Volkes, eine Auslieferung der Selbstverwaltung an die Bürokratie bedeutet.

Die deutschbürgerlichen Parteien legen ihren Verrat an den Interessen aller Völker und insbesondere des deutschen Volkes fort.

Die Versammlung begrüßt mit Genugtuung den Kampf der sozialdemokratischen Parlamentarier gegen die Vorlage und verspricht, diesen Kampf jederzeit zu unterstützen.

Die Versammlung drückt den festen Entschluß aus, die Niederlage, welche das arbeitende Volk am 15. November 1925 erlitten hat, bei den kommenden Wahlen in die Gemeindevertretungen wieder gut zu machen.

Nieder mit den reaktionären Parteien des deutschen Bürgertums!

Es lebe die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei!

dem Flugplatz überstürzte sich das Flugzeug und stürzte zur Erde. Den Fliegern gelang es, das Flugzeug ungefährdet zu verlassen, gerade als dieses zu brennen begann. Durch den Brand, der den ganzen Benzinvorrat (etwa 5000 Liter) vernichtete, wurde das Flugzeug völlig zerstört. Das Flugzeug, ein Bombenflugzeug, war mit einem 18 Zylinder-Motor (Lorraine) von 650 Pferdekraften ausgerüstet. Es wog beim Start über 7000 Kilogramm.

Opfer des Luft-Militarismus.

Bratislava, 14. Juni. Bei Bratislava im Neutraer Gebiet ereignete sich heute Vormittag, um 10 Uhr ein Fliegerunglück. Ein Militärflugzeug des 3. Fliegerregiments aus Neutra mit dem Gelehrten Honzel als Piloten und dem Leutnant Savella als Beobachter, stürzte bei einem Flug über Bajsa zur Erde. Beide Flieger kamen um. Die Ursache des Unglücks wird untersucht.

Jerome R. Jerome gestorben.

London, 14. Juni. (Reuter.) Der bekannte Schriftsteller Jerome Aloys Jerome ist gestorben. J. R. Jerome ist am 2. Mai 1859 in Wallall geboren. Er wuchs in Armist auf, wurde Schreiber bei der Bahn und schloß sich später einer Schauspielergesellschaft an, mit der er drei Jahre am Lande umherzog. Daraus wurde er in London Zeitungsreporter und schrieb humoristische Artikel. So er über damit sehr wenig verdiente, wurde er wiederum Schreiber, u. zw. bei einem Advokaten. Erst im Jahre 1885 erschien sein erstes Buch; im nächsten Jahr erschienen seine zwei bekanntesten Bücher „Jude Threagus and his fellows“ und „Three men and a boat“ (Drei Mann in einem Boot) Von seinen Lustspielen sind die bekanntesten „Barbary“, „Zunfer“, „Ruth“ und „Mik Hobbs“.

Furchtbare Lynchjustiz.

Louisville (Mississippi), 13. Juni. Zwei Regier, die unter der Beschuldigung, den Aufseher einer Sägemühle ermordet zu haben, verhaftet worden waren, wurden den eskortierenden Polizeibeamten von einer tausendköpfigen Menge entrissen. Die Regier wurden durch die Straßen geschleift und auf einem Scheiterhaufen verbrannt.

Der Prozeß „Vom Leben getötet“. Gestern begann in Bremen der Prozeß über den Fall Mahan gegen die Schuhmachersfrau Kosolomak, die Verfasserin des Buches „Vom Leben getötet“. Frau Kosolomak, die wegen schwerer Kuppelrei angeklagt ist, wird vorgeworfen, ihre eigene Tochter verknüpft zu haben.

Durch ein Unwetter wurden in dem Orte Kräffelbach in Schwaben fünf bis sechs Wohnhäuser und etwa zwölf Scheunen niedergedrückt. Ein Großteil wurde von den Fluten unterhölet, stürzte ein und begrub etwa 100 Kühe unter sich, von denen 70 erdrückt wurden oder ertrunken sind. Auch zwei weitere benachbarte Ortschaften haben schweren Schaden an Feldern und Fluren erlitten.

Spaekel, der Refordträger. Vor ein paar Tagen drachten in- und ausländische Blätter, daß ein Tscheche, der Prager W. Spaekel, den Kanal La Manche durchschwommen und einen neuen Reford aufgestellt habe. Die Geschichte klang von Anfang an sehr zweifelhaft, den Herrn Spaekel kannte vorher kein Mensch hierzulande oder gar auswärts. Nun erfährt man folgende ergötzliche Einzelheiten: Spaekel war allerdings in Colons, und er hat in dem Hotel, in welchem er abgestiegen war, erzählt, daß er nach England schwimmen wolle. Aber er hat nicht einmal den Versuch gemacht, seine Absicht auszuführen. Er fuhr am Donnerstag morgen nach dem Cap Grines, legte Bodelleidung an und ging einige Schritte ins Wasser, bis er genügend naß geworden war, um einen „echten“ Eindruck zu machen. Dann ließ er sich, während er aus dem Wasser herauskam, photographieren. Tatsächlich scheint es Spaekel gelungen zu sein, durch diese Photographie einen jungen Beamten der tschechischen Gesandtschaft zu dupieren, der an die Presse eine Notiz über die sportliche Leistung seines Landsmannes sandte. Am Sonntag erklärte die Gesandtschaft, daß sie mit dieser Notiz nichts zu tun haben wolle. Der Bürgermeister von Dover, Vermittler, der von Spaekel als Zeuge genannt worden ist, weiß von der ganzen Geschichte nichts. Das Gerüchte an der Geschichte ist nun, daß Spaekel, der inzwischen in Prag eingetroffen ist, an seinen Behauptungen selbst hält und sogar einen Staatspreis von 200.000 Kronen für seinen Reford beansprucht! Man wird sich noch nicht klar darüber, ob Spaekel die ganze Welt zum Narren hält oder ob er etwa von einer fixen Idee besessen ist. Ob so oder so, darf man aber wohl Spaekels Streich als eine der vielen Ausgebirten des schwunghaften Refordfimmels betrachten, vor dem ja gerade jetzt nicht wenige Zeitgenossen besessen sind.

Attentat eines Eisenbahndiebs auf einen Polizeigenen. Auf dem Warschauer Hauptbahnhof wurde ein Polizeigenen in dem Augenblick, als er in Begleitung zweier Polizeifunktionäre einen berufsmäßigen Eisenbahndieb verhaften wollte, von letzterem aus einem Browning niedergeschossen. Der Verbrecher richtete sodann den Browning gegen sich selbst und gab zwei Schüsse gegen seinen Kopf ab. Der Zustand der beiden Schwerverletzten ist hoffnungslos.

Ein schrecklicher Raubmord wird aus Rosenberg in der Slowakei gemeldet. Der Kaufmann Anton Brvenik sollte diese Woche zu einer Woffenscheidung einrücken und zur vorherigen Erledigung seiner geschäftlichen Angelegenheiten hob er in der Bank 16.000 Kronen. Er kam aber nicht dazu, sie zu verwenden. Nachdem er einen lustigen Jochabend mit drei Kameraden in einer Nachbarsgemeinde verbrocht hatte, zog man am nächsten Morgen seinen Leichnam aus der Baog und stellte fest, daß Brvenik von Verbrechern erst erschossen worden war und daß man dann, nachdem man die Leiche des Geldbetrages herabgeholt hatte, sie in den Fluß geworfen hatte. Die drei fragwürdigen Gesellen, die mit ihm den Abend vorher durchzechten, wurden verhaftet.

Selbstmord des ukrainischen Gelehrten Ezerbatowski. Die Lemberger Blätter bringen aus Kiev die Nachricht, daß der bekannte ukrainische Gelehrte Daniel Ezerbatowski, Direktor des geschichtlichen Museums in Kiev, durch einen Sprung in den Dnister Selbstmord beging. In einem zurückgelassenen Schreiben gibt der Gelehrte als Motiv seiner Tat die Behinderung seiner Gelehrten Tätigkeit durch die Sowjetbehörden an.

Käte Hagedorn vor Gericht. Am Montag nachmittag begann vor dem Schwurgericht Duisburg die Verhandlung gegen die 19jährige Käte Hagedorn, die sich wegen doppelten Kindesmordes und Zurechnungsverbrechens zu verantworten hat. Käte Hagedorn ist jenes Mädchen, das am 21. Juni 1926 in einem Walde in der nächsten Umgebung von Duisburg einen sechsjährigen Knaben und ein fünfjähriges Mädchen, mit denen selbst und mit deren Eltern sie eng befreundet war, durch Ausschneiden der Schlagadern an Hals und Händen ermordete. Das Verbrechen steht in seiner Art in der Kriminalgeschichte einzig da: Ein Kindesmord dieser Art ist bisher von einem weiblichen Wesen noch nicht verübt worden. Dabei war das Mädchen drei Monate über 18 Jahre alt, als sie die Kinder mit einer Kugelschere zum Verbluten brachte. Als die Leichen der beiden Opfer seinerzeit gefunden wurden, tröstete das Mädchen die Angehörigen, wobei sie selbst Tränen vergoß, und suchte andere Personen zu belästigen. Erst als sich ihre Angaben als falsch herausstellten, unternahm sie eine abenteuerliche Flucht mit einem Droschkenauto nach Holland, von wo sie dann nach Aresfeld zurückkehrte. Hier wurde sie festgenommen. Im Untersuchungsgefängnis und in der Irrenanstalt war sie seitdem heiter und frohen Gemüths, als ob nichts ihre Seele belastete. Sie pflegte ihr Keuschen, versüßte sich sogar einmal zu dem Ausspruch: „Jetzt bin ich die jüngste Doppelmörderin der Welt!“ Ueber die Gründe zu ihrer Tat möchte sie im Laufe der Untersuchung die verschiedensten Angaben. Zunächst erklärte sie, die Tat aus Rache gegen einen Hausbewohner begangen zu haben, mit dem ihre Eltern in Feindschaft lebten. Abn beichtete sie der Tat, um sich so an ihm zu rächen. Erst später redete sie sich auf einen Sexualtraum aus. Die Verhandlung, die etwa drei Tage in Anspruch nehmen wird, findet bei der Vernehmung der Angeklagten unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Ein gewichtiges Wort haben die Sachverständigen zu sprechen, von denen der Berliner Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld, Professor Strauch-Berlin, Medizinalrat Dr. Koefke Frankfurt a. M., Medizinalrat Dr. Gumbel-Duisburg und vier weitere Ärzte geladen sind.

Die Todesopfer des Flugmilitarismus. In New York (Virginia) stürzte ein amerikanisches Militärflugzeug ab und geriet in Brand. Die beiden darin befindlichen Offiziere fanden den Tod.

Passagierflug nach Indonesien. Die beiden niederländischen Flieger Geyndorf und Scholte werden am Mittwoch von dem Amsterdamer Flugplatz Schiphol mit dem Amerikaner van der Plas als Passagier eine Fahrt nach Hollandisch-Indien unternehmen. Die Reise Amsterdam-Batavia hin und zurück soll in fünf Wochen angeführt werden und über Budapest-Konstantinopel-Bagdad-Kalkutta führen.

Reisefluger Mittelholzer in Berlin. Der Schweizer Flieger Walter Mittelholzer ist am Montag nachmittag um 2.25 Uhr auf seinem direkten Flug von Zürich in Berlin gelandet. Er war in Zürich um 7 Uhr morgens aufgestiegen. Wegen starken Nebels sah sich Mittelholzer gezwungen, in Zürich eine Notlandung vorzunehmen.

Eine neue Sowjetente. Der durch die Deflorierung Wels mit einem Bismarck-Orden unheimlich bekannt gewordene Berliner Korrespondent der Leningrader „Weschnaja Krasnaja Gazeta“ telegraphiert seinem Blatte:

„Beim Verlassen des Hauses, in dem der sozialdemokratische Kongress tagte, wurde Scheidemann von einem Arbeiter geohrfeigt.“ („Weschnaja Krasnaja Gazeta“ vom 25. Mai.)

Ein faulerer Geselle muß der Korrespondent sein, der in solchen Lügen keine Freude findet. Seines Blattes ist er wohl wert.

In den Kantonsassen wird am Donnerstag amtiert. Auf Grund des Uebereinkommens mit den Angestelltenorganisationen wird am Donnerstag, den 16. d. M. als Ersatz für den Pfingst- und Ostermontag und Weihnachtstag amtiert.

Frankreichs sozialistische Jugend

Als 1905 auf dem Pariser Kongress die Einigung zwischen der „Parti socialiste de France“ (Anhänger von Blanqui) und der „Parti socialiste francais“ (Anhänger von Jaures) auf der Basis der Amsterdamer Resolution von 1904 zustande kam, war auch der Grundstein für die Entwicklung einer sozialistischen Jugendorganisation in Frankreich gelegt worden. Vor dem Weltkrieg war die sozialistische Jugend oft der starke Antriebskraft der Partei mit meist sehr extremen Gedankengängen. Gaston Levy und Ernest Lafont waren damals die Führer. Von diesen ist Lafont heute nicht mehr in der sozialistischen Partei, sondern in der kleinen „Sozialistischen-kommunistischen Union“, die zwischen Sozialisten und Kommunisten steht.

Während des Krieges hat sich die sozialistische Jugendgruppe, trotzdem sie stark geschwächt wurde, gut erhalten können. Bei Kriegsende konnte sie einen neuen, großen Aufschwung. In jener Zeit hatten die Jugendgruppen einen besonderen Charakter, der ihnen heute nicht mehr eigen ist. So gibt es zum Beispiel in dem großen D. Pariser Arrondissement vier sozialistische Gruppen. Und neben den vier Abteilungen der D. Sektion existierte da stets eine besondere Jugendgruppe. Das war etwas gefährlich. Und so wurde dies Anfang 1920 geändert. Die Gefahrlichkeit lag darin, daß in allen solchen Fällen die Jugendgruppen einen ungeheuren Einfluß auf die anderen Gruppen bekam. Diese starke Beeinflussung, die auch noch später oft nachklang, wurde besonders Ende 1920 verhängnisvoll, als die Kommunisten auf dem Kongress von Tours den Spaltplatz fähen. Die Jugend, die stets in radikalerem Fahrwasser schwamm, zog zahlreiche Parteimitglieder zu der neuen kommunistischen Gruppe hinüber. Vor Tours zählte die sozialistische Jugendgruppe 15.000 Mitglieder.

Nach Tours galt es für die sozialistische Partei einen Neuaufbau. Die neue sozialistische Jugendgruppe steht in enger Verbindung mit der Partei, aber eine Beeinflussungsmöglichkeit im Kampf der Tendenzen hat sie heutzutage nicht mehr. Es werden jetzt in den verschiedenen Orten besondere Jugendsektionen geschaffen. Diese unterscheiden dem „Comité d'Entente de Jeunes“. Daneben gibt es in jeder Föderation eine Föderation umfaßt mehrere Sektionen (die „Comités fédéraux mixtes“). In ihnen sind Jugend und Alter. Die oberste Leitung des Ganzen liegt in den Händen des „Comité national mixte“. Das wird von dem Parteitag des sozialistischen Jugendbundes gewählt, und auch der Hauptausfluß der Partei bezieht sich in dieses „Comité national mixte“. Der derzeitige Delegierte ist seit mehreren Jahren Louis Levy. Er ist gleichzeitig Generalsekretär des sozialistischen Jugendbundes. Im „Comité national mixte“ sind auch die sozialistischen Studenten, die besonders in den letzten Wochen eine starke Aktivität entfaltet haben.

Eine Besonderheit gibt es noch bei der Arbeit in der Nord-Föderation. Diese spielt in der Partei wegen ihrer großen Stärke eine besondere Rolle. Genau so ist es mit der Jugendgruppe bestellt. Fast die Hälfte aller Anhänger des sozialistischen Jugendbundes ist in der Nord-Föderation, die ihrerseits oft mit dem belgischen sozialistischen Jugendbund zusammenarbeitet. Das Programm der Arbeit des französischen sozialistischen Jugendbundes ist natürlich nicht anders als in den übrigen Abteilungen der sozialistischen Jugendbünde. In Clermont-Ferrand auf dem vorjährigen Parteitag gab sich die sozialistische Jugend ein neues Organisationsprogramm. Da hatte sie 1500 Mitglieder. Heute, ein Jahr später, hat sie schon 4000, und es müßte aller Wahrscheinlichkeit entgegenlaufen, wenn sie nicht in spätestens einigen Monaten 5-6000 Anhänger aufweist, während heute die kommunistische Jugendgruppe fast völlig gescheitert ist. Kurt Benj.

Volkswirtschaft.

Der Deutschritterorden raubt seinen Arbeitern den gesetzlichen Urlaub.

Das Bezirksgericht in Römertadt will diesen offenkundigen Arbeiterrechtsraub unterstützen.

Im Hochmeisterischen Basaltwerk in Friedland a. d. M. gibt es keine Kündigung des Arbeitsverhältnisses, weil mit jedem Arbeiter Kündigungsausschluß vereinbart ist. Jedem Arbeiter steht daher das vereinbarte Recht zu, jederzeit ohne Kündigung das Arbeitsverhältnis zu lösen. Wenn also ein Arbeiter, gegen den nichts vorliegt, das Arbeitsverhältnis löst, so hat er es ordentlich gelöst. Der § 1 des Arbeiter-Urlaubsgesetzes vom 3. April 1925, Nr. 67, bestimmt nun, daß Arbeiter, die bei demselben Arbeitgeber ununterbrochen dauernd in Verwendung stehen, nach einjähriger Beschäftigungsdauer Anspruch auf bezahlten Erholungsurlaub haben. Der § 3 desselben Gesetzes setzt den 1. Mai als Stichtag fest, doch können Arbeiter und Arbeitgeber auch einen anderen Stichtag vereinbaren. Der Stichtag hat nun die Bedeutung, daß der Arbeiter, der vom Stichtag zurückgerechnet, ein Jahr lang beim Unternehmer beschäftigt war, Anspruch auf den Urlaub hat. Der Stichtag ist also der Fälligkeitstag für die Gewährung desurlaubes, und zwar auch dann, wenn der Urlaub wochen- oder monatlang nach dem Stichtage angetreten wird. Es ist auch gleich, ob der Urlaub einzeln oder allen Arbeitern gemeinsam auf einmal gewährt wird, denn immer ist der gesetzliche oder der vereinbarte Stichtag der Fälligkeitstag desurlaubes.

Wo also der 1. Mai als Stichtag gilt, und der Arbeiter an diesem Stichtag ein ganzes Jahr beschäftigt war, und somit an diesem 1. Mai den Anspruch auf den Urlaub erlangt hat, dem kann unter keinen Umständen mehr dieser am 1. Mai fällig gewordene Urlaub verloren gehen, also selbst dann nicht, wenn der Arbeiter nach dem 1. Mai, also nach dem Fälligkeitstage eine Ungeheuerlichkeit begehen würde, die den Unternehmer nach § 82 der Gewerbeordnung zur sofortigen Entlassung berechtigt. Dieser Rechtsgrund ist auch in der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes in Braunn vom 29. Mai 1923, Nr. 784/83, klar und eindeutig enthalten, und das Arbeiter-Urlaubsgesetz vom 3. April 1925, Nr. 67, hat an dieser obersten Entscheidung gar nichts geändert. Denn der § 11 des Urlaubsgesetzes anerkennt den Urlaub nur aus Gründen des § 82 der Gewerbeordnung. Daraus ergibt sich nun folgerichtig, daß der Arbeiter auch dann den Urlaub ausbezahlt erhalten muß, wenn er nach dem Stichtage, an welchem er den Urlaubsanspruch erlangt hat und der Urlaub fällig war und vor Ablauf diesesurlaubes freiwillig das Arbeitsverhältnis ordentlich gelöst hat. Und um solche Fälle handelt es sich im Hochmeisterischen Basaltwerk in Friedland a. d. Mohra. Dort hat die Direktion mit der Arbeiterschaft vereinbart, daß der gemeinsame Urlaub im August angetreten wird, daß aber der 1. Mai als Stichtag in Geltung bleibt. Demnach ist dort der Urlaub am 1. Mai fällig, ohne Rücksicht darauf, wann er angetreten wird.

Nun hat der Arbeiter A. L., der im genannten Basaltwerk länger als zwei Jahre ununterbrochen beschäftigt war, am 14. Mai 1927 das Arbeitsverhältnis ordentlich aufgelöst, indem er der Direktion mitteilte, daß er aus der Arbeit trete und er forderte gleichzeitig sein Urlaubsgeld.

Eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses ist in diesem Werke ausgeschlossen, so daß jeder Arbeiter jederzeit entlassen werden und jeder Arbeiter jederzeit austritten kann. Es liegt also eine ordentliche Auflösung des Arbeitsverhältnisses vor. Die Direktion lehnte aber den Urlaubsanspruch mit der Begründung ab, daß der Arbeiter, trotzdem der 1. Mai als Stichtag gilt, „bis zum gemeinsamen Urlaubsantritt im August weiterarbeiten müßte“. Also nicht etwa bis August warten müßte und sich dann das Urlaubsgeld holen könnte, sondern unbedingt weiterarbeiten müßte bis zum August, wenn er seines Urlaubsgeldes, das ja schon am 1. Mai fällig war, nicht verlustig werden will. Dieser Standpunkt widerspricht dem ganzen Urlaubsgesetz und auch der oben erwähnten Entscheidung des Obersten Gerichtes in Braunn. Infolgedessen brachte der Arbeiter A. L. durch die Vertretung des Deutschen Bauarbeiterverbandes gegen das Hochmeisterische Basaltwerk in Friedland a. d. Mohra die Klage auf Zahlung des gesetzlichenurlaubes beim Bezirksgericht in Römertadt ein, über die am 10. Juni l. J. verhandelt werden sollte. Die Verhandlung konnte aber nicht durchgeführt werden, weil sich herausstellte, daß nicht das Basaltwerk in Friedland a. d. Mohra, sondern das Hochmeisteramt in Römertadt geklagt werden muß. Als nun der Klagevertreter, Gen. J. B., erklärte, daß er eine neue Klage einbringen wird, geschah folgende, geradezu haarsträubende Merkwürdigkeit.

Der Richter, OVR. Dr. Ditterich, erklärte allen Ernstes, daß er die neue Klage, wenn sie eingebracht wird, auf Grund des § 10, Absatz 2, des Arbeiter-Urlaubsgesetzes abweisen wird. Was bestimmt nun der Absatz 2 des § 10? Er bestimmt, daß der Arbeiter auch dann Anspruch auf den Urlaub hat, wenn er das Arbeitsverhältnis vorzeitig, also nicht ordentlich gelöst hat, wenn er zu dieser vorzeitigen Auflösung einen Grund, z. B. nach § 82 der Gewerbeordnung hatte. Würde also der Arbeiter, für den eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses besteht, ohne gekündigt zu haben, austritten und würde er für seinen vorzeitigen Austritt einen wichtigen Grund nach § 82 G.-O. nicht geltend machen können, so würde er den Anspruch auf den Urlaub verlieren, weil er das Arbeitsverhältnis grundlos vorzeitig gelöst hat. Wenn er aber das Arbeitsverhältnis gekündigt hätte und mit dem Ablauf der Kündigung ausgetreten wäre, so müßte er den Urlaub bekommen, weil gegen ihn nichts vorliegt und er das Arbeitsverhältnis ordentlich gelöst hat. Nach Absatz 2 des § 10 werden also jene Arbeiter, die das Arbeitsverhältnis aus Gründen des § 82 G.-O. nicht ordentlich gelöst haben, jenen Arbeitern gleichgestellt, die das Arbeitsverhältnis ordentlich gelöst haben und es gebührt diesen sowie jenen der Urlaub. Im gegenständlichen Falle handelt es sich nun gleichfalls um den Urlaubsanspruch eines Arbeiters, der das Arbeitsverhältnis ordentlich gelöst hat und gegen den nichts vorliegt. Daß er das Arbeitsverhältnis nicht erst gekündigt hat, ist kein Fehler, weil Kündigungsausschluß vereinbart war. Daher ist dieses Arbeitsverhältnis auch durch den sofortigen Austritt ordentlich gelöst und der Urlaubsanspruch besteht zu Recht.

OVR. Dr. Ditterich als Richter will aber die Sache so verstehen, daß die Arbeiter, die selber, wenn auch ordentlich, das Arbeitsverhältnis lösen, überhaupt keinen Anspruch auf Urlaub

haben. Anspruch sollen nur die haben, die entweder ewig beim Unternehmer bleiben oder die, die nach § 82 G.-O. das Arbeitsverhältnis vorzeitig lösen. Alle anderen Arbeiter, die das Arbeitsverhältnis ordentlich lösen und sicher 98 Prozent aller arbeitsverhältnislösender Arbeiter betragen und für die der Urlaub auch eingeführt wurde, existieren einfach für diesen Richter nicht. Auch alle anderen Bezirks- und Gewerbegerichte, die bisher alle solchen Arbeitern den Urlaub ausnahmslos zuerkannt haben und auch die obergerichtliche Entscheidung sind für diesen Richter nur Luft. Ohne das Urlaubsgesetz ausreichend studiert zu haben, stürzt er sich auf einen Paragraphen, der dem Arbeiter den Urlaub ja gar nicht ab-, sondern zuerkennt und will mit diesem Paragraphen den Anspruch abweisen. Die Klage wird selbstverständlich neuerdings eingebracht werden. Diese Darlegungen sollen den Richter in seiner Unabhängigkeit durchaus nicht stören, wohl aber in seiner Gleichgültigkeit. Denn der Richter ist zum Rechtssprechen da, nicht aber zum Unrechtssprechen. Die organisierte Arbeiterschaft hat jahrzehntelang um das Stückchen Urlaub gekämpft und sie ist durchaus nicht gesonnen, sich dieses Recht schmälern oder nehmen zu lassen. Für die Arbeiterschaft wird auch dieser Urlaubsprozeß ein Ansporn sein, unermüdet und unerschrocken für die sozialdemokratische Organisation zu wirken und zu werben. Denn auch dieser Prozeß beweist, daß die Arbeiterschaft nach allen Richtungen hin gerüstet sein muß.

Gerichtssaal.

Nach der Tanzunterhaltung.

Freitag, 14. Juni. Eigentlich genügte schon die Ueberrisung. Man weiß, was das bei uns am Dorfe bedeutet, wenn man: „Nach der Tanzunterhaltung“ sagt. Denn dazu gehört dann Kravall, Angeheitertsein, eine folgende Kauferei, meist wegen einer Dorf-schönen, zum Schluß Weiszerziehen und dann ein gerichtliches Nachspiel. Das wäre kein richtiger Mann in der Dorfstellung unserer Bauernhöfchen, der nach der Tanzunterhaltung nicht geraucht hätte. Wo bliebe denn die Tradition? Und wo hält man die Tradition besser als im Dorfe? Also wird doch noch geraucht werden dürfen! Also dachte sich auch Herr Ulrich Beselz, der war erst im Jahre 1901 geboren wurde und in Cheinitz eine solche Szene arrangierte, bei welcher er gleich zwei Burschen mit dem Messer anging. Den einen stieß er in den Arm, das genügte ihm aber nicht, so eine Verletzung heißt nämlich zu rasch, dafür stieß er den zweiten in den Bauch, so daß dieser zwar noch mit dem Leben davon kam, aber mehr als dreißig Tage im Spital lag. Nun, bitte sehr, wenn man ein Bauernsohn aus Cheinitz ist und noch dazu Beselz (= Lustig?) heißt, ist vielleicht da etwas dabei? Das Glück des Angeklagten war heute, daß er ruhig, weinend, seine Tat in angeheitertem Zustande zugab und daß er noch nicht vorbestraft ist. Der Senat gab ihm daher diesmal noch Pardon und verurteilte ihn nur zu vier Monaten schweren Kerkers, bedingt auf drei Jahre. Aber es wäre wirklich an der Zeit, daß die selbstverständlichen Dorftrauer-Nachspiele, die bei Gericht täglich an der Tagesordnung stehen, nicht mehr so selbstverständlich blieben, sondern daß ein bißchen Zittern in den Dorfwohnhäusern Eingang finden. Die Abstinenzvereine sänden gerade dort am Dorfe ein zwar undankbares, aber notwendiges Arbeitsfeld.

Zur vierten internationalen Flugausstellung in Prag.

In der Industriehalle des Prager Ausstellungskomplexes haben zehn Staaten Europas seit 4. Juni, im ganzen 63 verschiedene Flugzeuggesellschaften, ihre Apparate ausgestellt. Von den ausstellenden Ländern ist in erster Linie die Tschechoslowakei vertreten, an zweiter Stelle rangiert Frankreich, dann kommen Deutschland, Italien, Polen, Schweden, Rumänien und Belgien.

Die Ausstellung beweist, welsch ungeheuren Fortschritt die Aviatik in den letzten Jahren gemacht hat. Graphische Darstellungen, Illustrationen und Photographien belehren den Besucher besonders darüber, welche Entwicklung das Flugwesen in der Tschechoslowakei genommen hat. Der Hauptanteil an der Propaganda fällt in diesem Staate der Majak-Flugliga zu. Diese ist innerhalb eines Jahres von 35 auf 250 Ortsgruppen angewachsen und hat innerhalb derselben Frist etwa 200.000 Flugabzeichen verkauft. Natürlich wäre dieser Aufstieg nicht möglich gewesen, wenn man nicht sogar die Schulen in den Dienst der Flugwesen-Propaganda gestellt hätte. Es zeigt sich hier in der Propaganda für den Ausbau der tschechoslowakischen Flugzeuge genau dieselbe Erscheinung, die man vor Ausbruch des Krieges im alten Oesterreich-Ungarn unter dem Schlagwort: „Ausbau unserer österreichischen Flotte“ kannte, nur daß die Flugwesen-Propaganda von heute, die sogar die kleinsten Schulschlingen verpflichtet, Fliegerabzeichen klassenweise zu erstehen, noch viel ärger betrieben wird.

Von dem vielen Material, das die Ausstellung über das Fliegerwesen bietet, erwähnen wir die Zusammenstellung der Prüfungsapparate für die Eignung zum Piloten. Ein sogenannter Henri-Apparat dient zur Feststellung der Ausdauer, andere Apparate zur Prüfung der Geschwindigkeit, des Widerstandes gegen Schwindelanfälle, der Annahmungsorgane usw. Und neben diesen Apparaten, die alle haarstark beweisen, ob einer das

Zeug zum Flieger hat oder nicht, gewahrt man die Wüste des abgestürzten Fliegers Kaspar, der bei Pardubitz den Tod fand. Wieviele Todesopfer wird diese Aviatik noch fordern, ehe sich der Traum der Menschheit erfüllt, einen Aeroplan als verkehrssicheres Mittel benutzen zu können?

Vorläufig läßt die Ausstellung den Besucher über die Absichten und Zwecke des Staates durchaus nicht im Zweifel: die ausgestellten Maschinen e h r e und das geschmiedete Bild des Verteidigungsministers Udrzal beweisen, w e l c h e n Zweck e n der ganze Flugrummel bei uns dient. So sehr man die Rekordleistungen der amerikanischen Ozeanflieger bewundern muß, so entschieden muß man aber die ganze Ausstellung mit all dem, was das Verteidigungsministerium hier als Errungenschaft unserer Nachkriegskultur zeigt: Bewaffnung von Kampffliegern, Instrumentenkästen, die ein Flugzeug im Mobilisierungsfalle mitnimmt usw., ablehnen.

Auch der Verband der deutschen Flieger in der Tschechoslowakei hat einen eigenen Stand mit Bildermaterial auf der Ausstellung. Die deutsche Fliegerei in Böhmen hat ihre eigene Geschichte (die in Trautmann bei Etich konstruierte „Taube“ war das erste in Oesterreich-Ungarn erzeigte Flugzeug überhaupt). Der Verband stellt auch sonst interessantes Bildermaterial über die Entwicklung des Flugwesens aus. Wir sehen da ein Bild von Leonardo da Vinci, den man als den ersten Flugtechniker bezeichnen könnte und dessen Vorschläge noch heute Beachtung finden. (Ausführlich berichtet darüber das Werk „Ishausens im Verlag Diederichs: „Leonardo, der Techniker und Erfinder.“) Vielleicht ist es angezeit, bei dieser Gelegenheit auch andere Männer zu nennen, die auf dem Gebiete des Flugwesens bahnbrechend gewirkt haben. In der ganzen Entwicklung ist eine ständige Rivalität zwischen Ballon und Flugzeug zu konstatieren. Der Wiener Uhrmacher Jakob Degen, später der Ulmer Schneider Verblinger, versuchen nach Leonardo, den Traum der Menschheit, fliegen zu können, zu lösen, indem sie fallschirmähnliche Flugzeuge konstruieren. In die gleiche Zeit fallen die Versuche mit

den Warmluftballons (Montgolfier), mit dem Gasluftballon (Charles), danach kommt der Lenkballon mit Ruder und Schraube. Der im Jahre 1890 erfundene Daimlermotor erst bewirkt einen vollständigen Umschwung in der Kraft-fahrt und führt zu einer Rekonstruktion des Autos, des Motorbootes und des Flugzeuges. Der erste deutsche Gleitflieger war ein gewisser V i l i e n t h a l, dessen Apparat nach seinem Todessturz im Jahre 1896 von Etich erworben wurde, der 1902 die Taube konstruierte ließ. Schüler dieses V i l i e n t h a l waren die Brüder W r i g h t, den ersten Motor in ein Flugzeug baut der Oesterreicher Wilhelm K r e s c h ein. Dann kommen die Franzosen. Kapitän F ä r b e r schafft die französische Aeronautik. Wie L i n d b e r g h und C h a m b e r l i n jetzt durch ihre Ozeanflüge, erzeugen V e r i o t und F a r m a n 1908 durch ihre Sturzflüge die Bewunderung der Welt. Parallel damit geht wieder der Ausbau des Ballonwesens, Z e p p e l i n und C a d e n e r sind auf diesem Gebiete Bahndreher.

Die französische Abteilung der Ausstellung gibt eine figurliche Darstellung des gesamten Transportwesens, der Säufte, der Kutsche, des Postwagens, des Fesselballons, des Autos bis zum Aeroplan. Dem darüber prägnanten Verispruch, „La lois du progrès est celle de la vitesse“ (liebe sich ein richtigerer Ausdruck von Karl Kraus entgegensetzen, daß nämlich die Gegenwart durch die technische Entwicklung und die Höhenflüge der Aviatik sich nicht über den Tiefstand der Kultur täuschen möge.

Die Aeronautik in ihrer heutigen Form ist in der Hauptsache nichts anderes, als ein Hilfsmittel des Militarismus. Daneben besteht noch die Gefahr, daß durch den Flugzeugrummel, wie wir ihn jetzt erleben, die kapitalistische Abfahrt verwirklicht wird, die Massen von den Gefahren, mit welchen die internationale Bourgeoisie die sozialistischen Errungenschaften des Proletariates bedroht, abzulenken.

J. R.

*) Das Gesetz des Fortschritts ist das Gesetz der Schnelligkeit.

Die feinste aller Marken!

Off nachgeahmt,
Nie erreicht!
Achten Sie beim Einkauf
streng auf das Wort:

„Ceres.“



Sine § 144 Tragödie.

Prag, 16. Juni. Am 18. November 1926 wurde die noch kaum sechzehn Jahre alte Agnes K. in die Klinik des Gynäkologen Prof. Wagner abgegeben, wo sie am 15. Dezember desselben Jahres starb. Bei der Sezierung der Leiche fand man in ihrem Eingeweiden eine Gummilonde, deren unteres Ende im kleinen Becken an der Hinterwand der Gebärmutter lag. Diese Sonde hatte die Eingeweide durchlöchert und war bis zum Blinddarm vorgedrungen. Obgleich weder in der Vagina, noch in der Gebärmutter eine Verletzung aufzuweisen war, konnte darüber dennoch kein Zweifel bestehen, daß diese Gummilonde in die Gebärmutter eingeführt worden war und von dort in die Bauchhöhle eindrang, was nur zu dem Zwede geschehen sein konnte, eine Frucht- abtreibung vorzunehmen.

Tatsächlich wurde auch gemäß dem Befunde der Gerichtsärzte festgestellt, daß die Agnes K. an einer Blutvergiftung gestorben war, u. zw. infolge einer eitrigen Entzündung des Bauchfells, ferner wurde festgestellt, daß sie vor ihrem Tode einen Abortus hatte, daß sie sich zumindest im dritten Monate der Schwangerschaft befand, und daß die Gebärmutterentzündung wie auch die Bauchfellentzündung durch eine sogenannte „unerlaubte Manipulation“ herbeigeführt wurde, welche nach der Angabe der Emanuela K. eine Geburtshelferin namens Anna K. durchgeführt hatte. Am 15. November hatte sich nämlich die Agnes K. der Emanuela K. gegenüber wegen Schmerzen beklagt und sie gebeten, sie zur Schwemme zu führen, die sie unterrichten sollte, ob sie sich nicht in anderen Umständen befände. Die K. willfährte ihr und führte sie in die Wohnung der K., wo die K. in der Küche wartete und die Geburtshelferin mit dem jungen Mädchen ins Zimmer ging. Nach einer Weile kamen die beiden Frauen zurück und die Geburtshelferin sagte zur K., daß sie es der Agnes schon „heruntergegeben“ hätte. Nach drei Tagen überkam aber die Agnes K. ein schwerer Fieberzustand und der Fieberzustand, endlich herbeigerufenen Arzt ließ sie sofort auf die Klinik des Prof. Wagner abtransportieren, wo das Mädchen infolge der Manipulation starb.

Nest aber nahm sich der Staatsanwalt der Sache an und klagte sowohl die Geburtshelferin, wie auch die K., welche das Mädchen hingeführt hatte, auf das Verbrechen des § 144 bzw. der Verschlebung dazu. Außerdem wurde die K. noch von den Verwandten der Toten beklagt, daß sie die Agnes, die noch nicht 16 Jahre alt war, zu einem leichtsinnigen Lebenswandel verführt hätte.

Als lauter die irrende Anklage, welche da meldet, daß ein junges Kind infolge einer Unachtsamkeit eines dummen Frau oder wie es im Volksmunde heißt, einer „weisen Frau“ ihr Leben lassen mußte. Das Urteil, das heute über beide Frauen vor dem Senate des OGH in Prag gesprochen wurde, ist ganz nebenbei, da man eine ganze Statistik solcher sogenannter verbotener Eingriffe zusammenstellen konnte, die vor das Gericht kommen und tödlich gendert haben. Hier handelt es sich um die prinzipielle Frage: Wer ist schuld? Die Antwort ist klar, nur der Staat selber, welcher die Abtreibung als verbotenen Eingriff unter das Strafgesetz bringt, eben dadurch die Abtreibung zu verhindern.

Dieser Fall wäre dem Herrn Gesundheitsminister Tiso besonders zu Studienzwecken zu empfehlen. Der Herr Gesundheitsminister hat nämlich auf eine Anfrage wegen des § 141 im Parlament die schöne Predigt gehalten: Entsagung und Keuschheit! Die Statistik des Gerichtssaales spricht eine menschlichere Sprache und ist erschütternder, als die fromme Lehre des Herrn Ministers. Dem Keuschheit bleibt es doch trotz der Aufhebung des § 141 nicht genommen, auch weiter das christlich-slavische Keuschheitsideal des Herrn Ministers zu wahren, dessen Folgen wir im Gerichtssaal bei den Schwurgerichtsverhandlungen mit Stovakinnen wegen — Kindesmord leider nur allzu oft gesehen haben! Aber wir wollen nicht, daß junge Menschenleben aus Angst vor dem § 144 geopfert werden!

Das Urteil lautete für die Geburtshelferin auf vier Monate bedingt, für die Emanuela K. auf drei

Monate, ebenfalls bedingt. Beide Frauen leugneten natürlich und behaupteten, einander nicht zu kennen. Gerichtssachverständiger war Prof. Dittrich.

Wie er sich eine moderne Ehe vorstellt.

Frau Veria S. stand vor einem Wiener Bezirksgericht, weil ihr Mann sie wegen Ehebruchs angezeigt hat. Sie soll mit einem Chauffeur, einem geschiedenen Mann, Beziehungen unterhalten haben. Der Verteidiger sagt aber, daß der Mann, der jetzt die Klage erhoben hat, der Frau im vorhinein erloscht hatte, ihre eigenen Wege zu gehen, und sie sogar dazu aufgefordert hatte, sich einen Freund zu nehmen. Deshalb habe er jetzt gar kein Recht, zu klagen. Eine Reihe von Jungen sollte beweisen, daß der Mann diese Beziehungen wirklich gemacht hat. Außerdem waren mehrere Mädchen geladen, denen der Mann angeblich Gewalt angetan hat. Eine von ihnen erzählt, daß, als eines Abends im Koffeinhause sich seine Frau zu ihm setzen wollte, Herr S. sie weggeschickt habe, weil er, wie er sagte, eine moderne Ehe haben wollte. Der Kläger stellt all das auf das entschiedenste in Abrede. Der Richter war der Ansicht, daß es am besten wäre, wenn diese häßliche Geschichte durch einen Vergleich aus der Welt geschafft würde, und vertagte daher die Verhandlung, um den Streitenden dazu Zeit zu geben.

Kunst und Wissen.

„Jonny spielt auf.“ Prag ist nach Leipzig und Hamburg die dritte deutsche Bühne, die diese Oper heraufbringt. Sie wurde von Alexander Zemlinosky — es ist der Schlußstein zu seiner Prager Tätigkeit — einstudiert. Louis Faber hat das Werk inszeniert. Die Besetzung ist folgende: Der Komponist Max — Franz Feller, die Sängerin Anita — Zophie Karst, der Regisseur Johnny. Jazzbandleiter — Josef Hagen, der Violinvirtuose Daniello — Engelbert Czuchol, das Stubenmädchen Yvonne — Olga Barco, der Dienager — Adolf Fuchs, der Hoteldirektor — L. v. d. Bruch, ein Bahnangestellter — Hans Ludwig, drei Pokisten — Stefano v. d. Schönberg und Ketter. Erstaufführung Donnerstag (180—4). Erste Wiederholung Sonntag (183—3).

Abchiedsabend des Direktors Leopold Kramer am 21. Juni. Zehn Sinfonien „Graf Festenherz“, „Auserkennung“ und „Lebensgefährtin“, deren Hauptrollen von Leopold Kramer dargestellt werden. Anschließend an die Vorstellung findet eine offizielle festliche Abschiedsfeier im Beisein des Publikums statt. Anfang 7 Uhr. (Ab. ausseh.)

Alexander Zemlinosky dirigiert noch die Erstaufführung von „Jonny“, die zwei folgenden Wiederholungen und verabschiedet sich am 21. Juni mit einer Aufführung von „Figaros Hochzeit“. Auch dieser Abend wird mit einer offiziellen Abschiedsfeier beschlossen.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Mittwoch (179—3), 7 Uhr: „Alexandra“. Donnerstag (180—4), 7½ Uhr: „Jonny spielt auf“. Freitag (182—2), 7½ Uhr: „Tosca“. Samstag (181—1), 7½ Uhr: „Ein besserer Herr“. Sonntag (183—3), 7½ Uhr: „Jonny spielt auf“. Montag (184—4), 7 Uhr: „Aida“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Mittwoch: „Die Wette“. Donnerstag: „Gefällige Thiere“. Freitag: „Spiel im Schloß“. Samstag: „Die Wette“. Sonntag, 7½ Uhr: „Spiel im Schloß“. Montag: „Die Wette“.

Genossen!

Traget bei jeder Gelegenheit Euer Parteiabzeichen!

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Durch Deutsche Rettungs-Kassen-Gesellschaft in Prag für den Druck verantwortlich: Otto Polik, Prag.

Turnen und Sport.

Arbeitersport.

Fußball.

„Gleichheit“ Weistichlich gegen „Gleichheit“ Verchenfeld 3:1 (1:1). Sehr schlechtes Spiel der Weistichlicher.

W. Gleichheit Ladowitz gegen M. R. Auffig-Meißcha 7:3 (2:2) in Ladowitz.

M. R. Prohn 1 gegen Gleichheit Ladowitz 2:3:1. Union Teplitz gegen Raudnig 2:1 (1:1) in Raudnig.

Union Teplitz 2 gegen Dux 2:4:2 (2:2) in Dux. Die Auswahlmannschaft Steiermarks spielte am Samstag in Zwettau gegen eine Bezirkself und schlug diese 6:0 (2:0). Sonntag spielten die Steiermärker in Schneeberg gegen eine Mannschaft des 7. Bezirkes und gewannen 3:2 (2:2). Die Gäste konnten sich mit den kleinen Platzverhältnissen nicht abfinden und ihr Können daher nicht entfalten.

Die Sachsenmannschaft, die am Donnerstag voriger Woche wieder deutschen Boden betrat, spielte am Freitag in Stettin und gewann gegen die dortige Bezirkself 6:2. Zur Halbzeit hatte es noch 2:2 gestanden. — Von Stettin fuhr die Elf sofort nach Braunschweig und spielte dort gegen die Kreismannschaft des 2. Kreises, die sie 5:0 (3:0) schlug. — Von Braunschweig aus werden die Spieler der Sachsenelf, die also vom 16. Mai bis 13. Juni unterwegs war, in ihre Heimatsorte zurückkehren. — Die Sachsen-Elf hatte in Rußland sechs Spiele ausgetragen, davon vier verloren (in Moskau: gegen Stadtmannschaft 1:4, gegen Lebensmittelarbeiter 3:4, in Charkow 3:4, in Odessa 0:2) und zwei gewonnen (in Wladimir 5:1 und in Odessa (2. Spiel) 3:1); das Torverhältnis sämtlicher Spiele lautet 15:16 zugunsten der Russen.

Der Wiener Arbeitersportklub Wien-Nord spielte Samstag gegen die Stadtmannschaft Burg bei Waidburg und gewann 3:1. Am Sonntag trafen die Wiener gegen die Stadtmannschaft Schneberg an und siegten auch in diesem Spiel mit 3:0.

Leipziger Fußballspieler fahren nach Paris. Die französischen Genossen haben eine spielstarke Leipziger Mannschaft zur Mitwirkung an einer großen internationalen Rundreise nach Paris verpflichtet. Die Einladung von Reichsthalern steht gleichfalls bevor.

Internationale Fußballspiele. Ende Juli und Anfang August wird eine Auswahlmannschaft norwegischer Arbeitersportler einen Besuch in Deutschland abhalten. Spiele sind vorgesehen in Rostock, Berlin, Dessau, Riesa und Leipzig. Vom 18. bis 25. Juli wird eine erstklassige ungarische Fußballmannschaft in Deutschland weilen und in Hamburg, Bremen, Bremerhaven und Bielefeld gegen die deutschen Sportgenossen antreten. Schließlich ist beabsichtigt, für Ende Juli und Anfang August eine italienische Fußballmannschaft nach Deutschland zu verpflichten. Geplant sind für sie Spiele in Flauen, Jwidau, Gera, Jena und Altenburg.

Leichtathletik.

Das Sportsfest des VfL Leipzig-Stötteritz ergab nachfolgende Resultate, die aber stark durch ungünstige Witterung beeinträchtigt waren: 100 Meter: Boigtmann (Leipzig Süd) 12,2 Sek. — 5000 Meter: Zschuch (VfL) 16:25 Min. — Weitbringen: Me (VfL) 6,31 Meter. — Hochspringen: Delle (Menselwitz) 1,71 Zentimeter. — Kugelstoßen: Thiele (Stahmel) 10,79 Meter. — Speer: Delle 44,15 Meter. — 4x100 Meter: 1. VfL 48 Min. — Schwedenstaffette: 1. VfL 2:14,2 Min. — 3x1000 Meter: 1. Eide 8:39 Min.

Die deutschen Leichtathletischen Bundesmeisterschaften der Arbeitersportler werden in Hannover ausgetragen, und zwar am 13. und 14. August im städtischen Stadion. Die besten Leichtathleten des Arbeiter-Turn- und Sportbundes werden um den Meistertitel ringen. Eine internationale Note erhält die Veranstaltung durch Teilnahme ausländischer Sportler. Die Musterklassen der Bundesstaffeln Leipzig werden am Samstag, dem 13. August, in der Stadthalle zu Hannover eine Werberveranstaltung geben.

Das Arbeitersportfest in Riga. Die „Arbeiterzeitung“ meldet aus Riga: 50.000 Menschen bildeten Spalier beim Aufmarsch der 3000 lettlandischen Schutzbündler, denen die österreichische Delegation voranmarschierte. Die Oesterreicher wurden überall lebhaft affamiert und mit den Rufen: „Freundschaft“ und „Ach Oesterreich!“

Internationales Arbeitersportfest in Straßburg.

Während der Pfingstfeiertage fand ein großes internationales Arbeiter-Turn- und Sportfest in Straßburg statt. Den Teilnehmern aus Deutschland — eine größere Anzahl von Vereinen, besonders aus dem 10. Kreis (Baden) hatten ihre Teilnahme angemeldet — wurden insofern Schwierigkeiten bereitet, als ihre Zahl auf insgesamt 450 beschränkt wurde. Die dadurch bedingte Verminderung der Zulassungsziffer in den einzelnen Vereinen erzeugte Mißstimmung und führte teilweise zum Verzicht auf eine Beteiligung. Trotzdem fanden sich außer Sportgenossen aus der Schweiz und Belgien auch mehrere Vereine aus Baden und der Rheinpfalz ein. Die Einreiseschwierigkeiten, die von der Regierung Poincarés herbeigeführt wurden, führten u. a. dazu, daß die deutsche Fußballmannschaft in Rehl warten mußte, bis durch Vermittlung eines Abgeordneten der Weg freigegeben wurde. Der für Samstag geplante Länderkampf wurde dadurch unmöglich, es spielten stattdessen zwei gemischte Mannschaften. Das vorgesehene Handballspiel mußte völlig ausfallen. Einseitig ist Handball in Elsaß-Lothringen noch völlig unbekannt. Der Sonntag-Vormittag war ausgefüllt mit Einzelwertungsturnen am Gerät und leichtathletischen Kämpfen. Außerdem fand ein Vereinswertungsturnen statt, an dem sich auch Vereine aus Konstanz und Mannheim beteiligten. Auf dem Twiliv-Sportplatz wurden Freilübungen vorgenommen. Am Nachmittag bewegte sich unter großer Teilnahme der Sportler und der Bevölkerung ein gewaltiger und abwechslungsreicher Festzug durch die Straßen der Stadt. Die Veranstaltung fand ihren Höhepunkt am Nachmittag in einem Fußball-Länderkampf Deutschland gegen Frankreich. Die deutsche Mannschaft, die in der Hauptsache aus Sportgenossen des 10. Kreises zusammengestellt war, spielte überlegen und gewann mit 5:1. Im Einzelwertungsturnen wurde erster Brobeck-Münchenstein (Schweiz), zweiter Fischer-Mannheim (Deutschland). Im Vereinswertungsturnen führten durchweg Vereine aus dem Elsaß, bei den Turnerinnen Genossinnen aus Elbe.

Allen Genossen und Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmisches Druck- u. Verlags-Anstalt
Gärtner & Co., Bodenbach a. E.
G. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Buchbinderei, neueste Satz- und Gießmaschinen mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen, Fernsprecher Nr. 271 Postsparkassa Nr. 127 862.